Kehrwieder am Sonntag vom 06./07.10.2018, S.8

Hermann Rappe, Präsident der Initiative Pro Schacht, im KEHRWIEDER-Gespräch über die Wiederinbetriebnahme von Siegfried-Giesen

„Stillstand und Verhinderung, das ist mit mir nicht zu machen“

GIESEN. Es vergeht kaum ein Tag ohne Wortmeldungen zum Kali-Streit. Das Planfeststellungsverfahren zur Wiederinbetriebnahme des Hartsalzbergwerkes Siegfried-Giesen kommt nicht zum Abschluss. Der Kreistag hat bisher keinen Beschluss zur Erteilung einer wasserrechtlichen Genehmigung gefasst. Vor allem die Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU, Klaus Bruer und Friedhelm Prior, fühlen sich nicht ausreichend vom Investor K+S informiert, um die Entscheidung treffen zu können.

Kritik daran kommt aus den eigenen Reihen von der CDU-Stadtratfraktion, der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU sowie einzelnen Abgeordneten. Auch Sozialdemokraten wie der Bundestagsabgeordnete Bernd Westphal und der Landtagsabgeordnete Markus Brinkmann äußern Unverständnis. Die beiden waren treibende Kräfte bei der Gründung der Initiative Pro Schacht. KEHRWIEDER-Volontär Björn Stöckemann hat mit Hermann Rappe, Präsident des Vereins und ehemaliger Bundestagsabgeordneter der SPD, gesprochen.

KEHRWIEDER: Eine „angenehme Erscheinung“ nannte ein Vertreter der IHK die „Pro Schacht“. Denn, dass sich eine Bürgerinitiative für etwas ausspricht, sei eher selten. Herr Rappe, wie kam es dazu?

Rappe: Mitte des Jahres haben wir darüber gesprochen, die Initiative zu ergreifen, damit der Schacht wieder in Gang kommt. Das waren im wesentlichen Markus Brinkmann, Bernd Westphal und ich. An mich haben sich auch Bergsmannsvereine aus der Region und ehemalige Betriebsräte gewandt, um zu fragen, ob ich die Sache nicht unterstützen würde.

Wieso?

Wenn Sie die Diskussion verfolgen, die es seit etwa zwei Jahren gibt, dann habe ich den Eindruck, dass die Sache möglichwerweise verhindert wird, da es dauernd Diskussionen aus den Kreistagsfraktionen von SPD und CDU gibt, mit immer wieder neuen Entwicklungen und Ideen, um eine Behinderung aufzubauen.

Wie erleben Sie denn diese Diskussion?

Ich habe den Eindruck, dass die beiden Fraktionsvorsitzenden sich im Laufe der Zeit eine Zwickmühle aufgebaut haben und aus dieser Rolle nicht mehr herauskommen.

Weil sie nicht können, oder nicht wollen?

Vielleicht auch nicht wollen, das will ich ihnen aber nicht unterstellen. Meine Verwunderung ist nur, dass die Mehrheiten beider Kreistagsfraktionen dies mitmachen. Ich bin ja schon ein ganzes Leben lang Allround-Politiker und glaube, dass das auch fast allen im Kreistag so geht. Aber die beiden Vorsitzenden, Klaus Bruer und Friedhelm Prior, halten sich für Fachbeamte und wissenschaftliche Fachleute. Ich denke aber, dass Politiker auch auf Fachbeamte und Fachleute hören müssen. Denn: Ein Allround-Politiker ist eben kein Fachwissenschaftler.

Die Namen Bruer und Prior sind beinahe untrennbar mit der Sache verknüpft. Wir reden jetzt gerade auch wieder über die beiden. Reden sie auch noch miteinander?

Klaus Bruer und ich haben das einmal versucht. Es hat keinen Sinn. Ich glaube, dass das so verhärtet ist, das normale Unterhaltungen zu nichts führen. Deswegen bin ich der Meinung, dass die öffentliche Diskussion auf den Punkt gebracht werden muss, auf den sie gehört.

Der da wäre?

Wenn die Fachleute aus dem Oberbergamt, andere Wissenschaftler oder auch die Fachleute aus dem Unternehmen der Meinung sind, und das auch darlegen, dass das jetzt mögliche gemacht wird, dann muss, meiner Ansicht nach, die Genehmigung aus allen wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Gründen kommen. Wenn es in fünf oder zehn Jahren neue Erkenntnisse gibt, dann muss nachgerüstet werden. Aber Stillstand und Verhinderung, das ist mit mir nicht zu machen.

Hermann Rappe: „Wir sind keine Umweltgegner.“ FOTOS: SCHWARTZ

Herr Bruer und Herr Prior argumentieren aber, dass zwei Sachverhalte miteinander verknüpft worden sind: die Notwendigkeit einer zweiten Halde bei einer Wiederinbetriebnahme und die Abdeckung der bestehenden Halde. In Bezug auf die Althalde herrscht im Kreistag mehrheitlich die Auffassung, dass die Versickerung von Salzen ins Grundwasser nicht tragbar ist.

Da hat, glaube ich, unsere Veranstaltung [am 6. September in Emmerke, Anm. d. Red.] das Gegenteil zum heutigen Stand dargelegt. Und ich glaube, dem ist auch nichts hinzuzufügen. Ich vertraue dem Fachmann.

Ist es aber nicht auch Aufgabe von Politikern, kritisch zu hinterfragen?

Natürlich! Aber wir sind ja in der Bürgerinitiative nicht dafür, dass Wasser verunreinigt wird. Wir sind der Auffassung, dass nach dem jetzigen Stand der Untersuchungen durch das Bergamt, das Umweltministerium und das Unternehmen die Bedingungen nach heutigem Stand erfüllbar sind. Da ist die Meinungsverschiedenheit.

Aus Hannover ist mittlerweile das Scharren von Füßen zu vernehmen. Umweltminister Olaf Lies hat der Kreisverwaltung ein Ultimatum gesetzt und auch eine fachbehördliche

Anweisung nicht ausgeschlossen. Auch aus ihrer Erfahrung als Politiker: Finden Sie solche Mittel in Ordnung?

Wenn alle Fachleute vom Bergamt über das Ministerium und das Unternehmen übereinstimmend sagen, dass die Bedingungen erfüllt sind, dann bin ich dafür, dass genehmigt wird und zwar auch über die Köpfe der Kommunalpolitiker hinweg. Ich weiß nicht, wo die Argumentation der Kreistagspolitiker dann herkommen soll, wenn rundherum alle Fachleute sagen, dass erfüllt ist, was erfüllbar gemacht werden kann.

Klaus Bruer hat in der zurückliegenden Kreistagssitzung K+S erneut vorgeworfen, nicht redebereit zu sein. Vertreter aus dem Unternehmen haben ja auch an Ihrem Info-Abend in Emmerke teilgenommen. Wie erleben Sie das Unternehmen?

Ich war lange Gewerkschaftssekretär und -vorsitzender. Ich gehöre nicht zu den Sozialdemokraten oder Gewerkschaftern, die einer Unternehmensleitung von vorneherein teuflisches Machwerk unterstellen, sondern gehe davon aus, dass das Unternehmen auf Dauer eine vernünftige wirtschaftliche Darstellung und einen guten Namen behalten will. So wie ich das Unternehmen kenne, gehe ich davon aus, dass mit begründeten Argumenten operiert wird.

Das ist jetzt wieder unsere Frage von vorhin, nach dem Vertrauen.

Ich hab da mehr gesundes Vertrauen, als gesundes Misstrauen. Das unterscheidet mich vielleicht von manchen. Auch in meiner eigenen Partei oder auch in Gewerkschaften. In diesem

Fall muss ich auch nicht allein der Unternehmensleitung vertrauen, sondern dem Umweltministerium, dem Wirtschaftsministerium und dem Oberbergamt. Und ich sehe keinen Anlass, die Genehmigung weiter zu verzögern.

Klaus Bruer und Friedhelm Prior betonen, dass sie nicht grundsätzlich gegen eine Wiederinbetriebnahme sind, sondern die Bedingungen rechtssicher aushandeln wollen. Schauen wir über das bürokratische Verfahren hinaus: Es gibt auch Stimmen, die sich deutlich gegen das Vorhaben sperren. Die Grünen und die „BI Giesen Schacht“ zum Beispiel. Können Sie deren Bedenken nachvollziehen?

Nein. Denn ich bin schon der Meinung, dass die Bundesrepublik ein Industrieland ist und dazu also auch Kaliabbau gehört. Im Übrigen halte ich die umweltorientierten Bedingungen in der Bundesrepublik für weitaus besser, als in fast allen anderen Ländern der Welt. Anderswo wird die Umwelt viel mehr beschmutzt und belastet.

Dass es in Afrika noch schlimmer ist, dürfte einen Hausbesitzer in Ahrbergen wenig überzeugen, wenn er fürchtet, dass die LKW durch seine Straße rumpeln und Salzabfälle in seinen Garten geweht werden.

Also ich halte die Bedingungen, die in der Region eine Rolle spielen, mindestens vergleichbar mit Philippsthal, vielleicht noch besser.

Das heißt, Sie gehen davon aus, dass sich die Lebensbedingungen der Menschen um das Bergwerk nicht signifikant verschlechtern?

Nein, nach den jetzigen Bedingungen und Unterlagen der Fachleute nicht.

Bemerkenswert am Kali-Streit ist, dass er nicht an ideologischen Gräben ausgetragen wird, sondern auch parteiintern zu Auseinandersetzungen führt. Ist das ein Problem oder ist das Demokratie?

Ich glaube nicht, dass es ein Problem der Partei ist, sondern ein persönliches Problem einzelner Akteure. Ich weiß nicht, auf welche Brücke Herr Bruer und Herr Prior warten. Wenn die Fachleute sagen würden, dass die Verschmutzung nicht aufhört, sondern noch zunimmt, dann gäbe es unsere Initiative nicht. Wir sind keine Umweltgegner. Wir sind nur nur davon überzeugt, dass es geht.